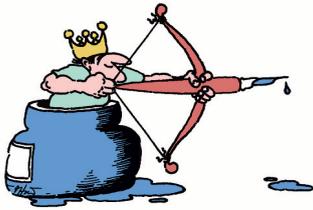


Umfrage unter Politikern: 87 Prozent wollen die Kinder zu Hause betreut sehen

Mehr Geld für die Familien

Krone-Tone



Mir scheint fast, alle würden wollen, dass wir sie besser fördern sollen.

kaerntner@kronenzeitung.at

Kärntens Gemeindepolitiker sind offenbar für eine verstärkte Betreuung von Kindern in der eigenen Familie. Das ist zumindest das Ergebnis einer Online-Umfrage unter den Parteien, die der Katholische Familienverband und das Familiennetzwerk im Vorfeld der bevorstehenden Wahl am 1. März durchgeführt haben.

Die Initiatoren der Umfrage wollten von den Parteichefs in den Gemeinden wissen, ob sie es sich vorstellen könnten, das Geld für institutionelle Kinderbetreuung (rund 850 Euro im Monat) auch an Eltern auszuzahlen, die ihre Kleinen nicht in den Kindergarten oder Hort schicken, sondern diese lieber selber betreuen wollen.

Und das Ergebnis fiel eindeutig aus: Von den Gemeindefunktionären, die sich an der Umfrage beteiligt hatten, sprachen sich 87 Prozent dafür aus. Nur 13 Prozent halten es für sinnvoller, Kinder außerhalb der Familie betreuen zu lassen.

Gudrun Kattinig vom Familienverband: „Das Überraschende daran ist, dass die



Befürworter aus allen politischen Lagern kommen – also sowohl von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen sowie von anderen Listen. Lediglich bei den ablehnenden Stimmen überwiegen die Vertreter von Rot und Grün.“

Kattinig und Theo Hippel vom Familiennetzwerk werten das Ergebnis als deutliches Signal dafür, dass auch

VON JOHANN PALMISANO

die Politiker die Kinder in den Familien am besten aufgehoben sehen.

Allerdings, so die beiden, sei das Ergebnis natürlich zu relativieren. Schließlich hätten nur 17 Prozent der angeschriebenen Parteifunktionäre geantwortet. Hippel: „Aber auch das ist schon ein schöner Erfolg. Bei der großen ÖVP-internen Umfrage hat es einen deutlich geringeren Rücklauf gegeben.“ Dennoch sei zu hinterfragen, ob den anderen 83 Prozent, die die Umfrage ignoriert haben, die Familien egal seien.

Regional betrachtet, sei in der Umfrage ein deutliches Gefälle zwischen Land- und Stadtgemeinden zu erkennen: „Aus den Städten hat es kaum Reaktionen gegeben.“

Man dürfe gespannt sein, ob das Bekenntnis der Politiker zur Familie auch in der Gemeindepolitik Niederschlag finden werde, meint Kattinig: „Uns geht es in erster Linie um eine Gleichstellung von Familien und institutionellen Einrichtungen. Die Eltern sollen einfach die Chance haben zu wählen, wie und wo ihre Kinder betreut werden sollen.“

Fotos: Riedl-Hoffmann, Katrin Fister (2)



Sollen Familien mehr Geld für Kinder erhalten?

17 Prozent Rücklauf bei der Umfrage ist ein Wert, auf den wir wirklich stolz sein können.

Theo Hippel, Familiennetzwerk



Wir stellen die Umfrage in das Internet. Sie ist nachzulesen unter www.familie.at

Gudrun Kattinig, Familienverband

Bereits neun Tage vor dem eigentlichen Termin der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl am 1. März können Wahlberechtigte schon heute, Freitag, in den Wahllokalen ihre Stimme abgeben. An diesem Tag muss ein Wahllokal in der Gemeinde für mindestens zwei Stunden geöffnet haben. Dabei muss zwischen 18 und 19 Uhr verpflichtend geöffnet sein. Die Stimmzettel werden aber erst am eigentlichen Wahlabend ausgewertet. Insgesamt sind in Kärnten mehr als 440.000 Personen ab 16 zu den Urnen gerufen.



Foto: Uta Rojsek-Wiedergut